



## Inhalt, Termine und Einladungen

Inhalt	Seite
Mittendrin	
... in der Grundsatzprogrammdebatte	1
Einladung Mitgliederversammlung	2
Leserbriefe	2
Einladung Jahreshauptversammlung	3
Frauentreff	3
Bericht aus Berlin	3
Bericht aus dem Landtag	5
Untersuchungsausschuss Transrapid	6
Aus dem Ortsvereinsvorstand	8

## Termine / Einladungen:

- 17. März 2007** – Unterbezirksparteitag  
Barsinghausen, Alter Zechensaal
- 21. März 2007** – Wahlkreis-konferenz  
Mühlenberg, Freizeit-zentrum Weiße Rose
- 22. März 2007 – 19.00 Uhr**  
Ortsvereinsvorstandssitzung im  
Bürgerhaus Misburg, Seckbruchstr. 20
- 25. März 2007 – 10.00 Uhr**  
„Frühschoppen“-Mitgliederversammlung  
im Naturfreundehaus Am Blauen See

## Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen des Ortsvereinsvorstandes

**Donnerstag, 12. April 2007,  
19:00 Uhr, Bürgerhaus Misburg,  
Seckbruchstraße 20**

- 17. April 2007 – 19.30 Uhr**  
Frauentreff SPD Misburg im Restaurant  
TINA 2, Schierholzstraße
- 21. April 2007** – Stadtverbandsparteitag
- 26. April 2007 – 19.00 Uhr**  
Ortsvereinsvorstandssitzung im Bürgerhaus



## Aus dem Ortsverein

### Mittendrin ... in der Grundsatzprogrammdebatte

Liebe Genossin, lieber Genosse,

seit einigen Wochen wird in den Medien über den Bremer Entwurf zum neuen Grundsatzprogramm der SPD berichtet.

Der VORWÄRTS hat in seiner Ausgabe vom Februar 07 den vollen Wortlaut publiziert. Mit der Ausgabe März 07 werden alle Mitglieder der SPD aufgefordert, sich über einen Fragebogen an der Diskussion zu beteiligen bzw. in den Ortsvereinen das Grundsatzprogramm an Hand dieses Fragebogens zu beraten. Die Befragung hat zum ersten Mal den Vorteil, dass sie wissenschaftlich aufgebaut ist und die Auswertung die Gewichtung der Eckdaten des neuen Programms herauskristallisieren wird. Themen, die wir in Niedersachsen als „bedeutend“ einschätzen, mögen in Bayern ganz anders gesehen werden. Es ist spannend zu lesen, wie unsere Partei die Probleme unserer Zeit sieht und in den nächsten 10-15 Jahren angehen will. Also Antworten zu geben auf die Globalisierung, den demografischen Wandel, zu Umweltressourcen, zu Bildung, sowie zu Europa und die internationale Verantwortung eines vereinten Deutschlands, um nur einige Eckdaten zu nennen. Die Wertigkeit unserer Grundwerte **Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität** in dem neuen Jahrtausend nicht nur zu bekräftigen sondern in positive Kräfte für Deutschland, für Europa, aber auch in der Sozialistischen Internationale umzuwandeln, ist Ziel und Anspruch.

Ich kann also nur jeden empfehlen, sich mit dem Grundsatzprogramm zu befassen, um dann auch den Fragebogen beantworten zu können. Da der Fragebogen bis zum 05. April zurückgesandt werden soll, seid Ihr herzlich eingeladen, um gemeinsam über das Programm zu diskutieren. Wir werden zu diesem Thema am 25. März 07 im Naturfreundehaus Misburg diskutieren.



Wer zum Einstieg eine Rückblende auf vergangene Grundsatzprogramme der SPD erhalten möchte, kann diese über Internet von mir erhalten. Es ist eine Power Point-Präsentation, die der Arbeitskreis Grundsatzprogramm vom SPD-Unterbezirk erstellt hat.

Abzurufen unter meiner neuen E-Mailadresse

k.fuljahn@arcor.de

Ich wünsche uns allen eine spannende Diskussion.

Bis bald, mit den besten Grüßen  
Euer

**Knut Fuljahn**

## Einladung zur Mitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Interessierte!

Wir laden Euch herzlich zu einer Diskussionsrunde zum Grundsatzprogramm der SPD ein. Die Versammlung findet am

**Sonntag, 25. März 2007,  
10.00 – 12.00 Uhr  
im Naturfreundehaus Misburg,  
Am Blauen See**

statt. Bringt bitte die Fragebogen, die dem VORWÄRTS beilagen, mit. Wir freuen uns auf eine spannende Diskussion.

Mit freundlichem Gruß

Der Vorstand  
i. A. Angelika Pluskota  
–Schriftführerin–



## Rubrik: Leserbrief

### Rente mit 67 – ist Rentenkürzung

In den letzten Tagen und Wochen haben zehntausende Arbeiter und Angestellte, auch Menschen im Rentenalter, gegen die Absicht der Großen Koalition demonstriert, das Rentenalter auf 67 Jahre zu erhöhen. Die Gewerkschaften erhoben ebenfalls schärfsten Protest. Mit einem solchen Gesetz würden auf kaltem Wege die Renten gekürzt. Denn es dürfte klar sein, dass die meisten Arbeitnehmer noch nicht einmal bis 65 ihre Arbeit behalten bzw. aus gesundheitlichen Gründen ausüben können. Nur ca. 40 Prozent aller Arbeitnehmer können bis 65 einer beruflichen Tätigkeit nachgehen. Auch die Sozialverbände VdK und SoVD halten die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für eine staatlich verordnete Rentenkürzung. Wirtschaftsminister Glos reicht die Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre noch nicht. Er möchte später noch "nachlegen". Rente mit 67 bedeutet für die überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmer Rentenabschläge, wenn sie früher aus der Erwerbstätigkeit ausscheiden. Selbst diejenigen, die mit 65 ausscheiden, erhalten 7,2 Prozent weniger Rente. Rente mit 67 bedeutet noch mehr Druck zu privater Vorsorge und geringere Beschäftigungschancen für Auszubildende und Arbeitslose. Rente mit 67 bedeutet, dass künftig jeder zweite Rentner nur eine Rente in Höhe von Hartz IV bekommen wird. Während viele Arbeitnehmer durch eine Rente mit 67 in die Altersarmut getrieben werden, sichern sich z.B. die Bundestagsabgeordneten eine Rente, von der ein normaler Arbeitnehmer nur träumen kann. So hat ein MdB bereits nach acht Jahren als Abgeordneter einen Rentenanspruch von 1.700 Euro, ohne Beiträge entrichtet zu haben. Um eine solche Rente zu bekommen, müsste ein Durchschnittsverdiener 100 Jahre arbeiten. Arbeitnehmer ab ca. 50 Jahre sind auf dem Arbeitsmarkt kaum mehr vermittelbar, fallen dem Sozialstaat zur Last und bringen der Rentenversicherung keine Beiträge mehr. Aus all diesen Gründen ist es nur zu verständlich, wenn Arbeiter und Angestellte gegen Rente mit 67 auf die Straße gehen und sich wehren.

**Werner Scheller**



## Einladung zur Jahreshauptversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir laden Euch herzlich ein zur

**Jahreshauptversammlung  
am 12. April 2007 um 19.00 Uhr  
in das Bürgerhaus Misburg,  
Seckbruchstr. 20.**

**Vorschläge zur Tagesordnung:**

- 1. Eröffnung und Begrüßung, Festlegung der Tagesordnung**
- 2. Wahl einer Versammlungsleitung**
- 3. Wahl einer Mandatsprüfungs- und Wahlkommission**
- 4. Berichte**
  - 4.1 des Ortsvereinsvorstandes
  - 4.2 des Kassierers
  - 4.3 der Arbeitsgemeinschaften
  - 4.4 der Fraktionen im Rat und Bezirksrat
  - 4.5 der Revisoren:
- 5. Aussprache zu den Berichten**
- 6. Entlastung des Vorstandes**
- 7. Festlegung der Anzahl der Beisitzerinnen und Beisitzer**
- 8. Neuwahlen**
  - 8.1 des/der Ortsvereinsvorsitzenden
  - 8.2 der stellv. OV-Vorsitzenden (2 Wahlgänge)
  - 8.3 des für das Finanzwesen verantwortlichen Vorstandsmitgliedes (Kassierer/-in)
  - 8.4 der/des Schriftführers/-in
  - 8.5 der/des stellv. Schriftführers/-in
  - 8.6 der Beisitzerinnen und Beisitzer
  - 8.7 der Revisoren/-innen
- 9. Wahl von Delegierten und Ersatzdelegierten für den Zeitraum der Wahlperiode des Ortsvereinsvorstandes**
  - 9.1 vier Delegierte für die Unterbezirks-Parteitage Region Hannover

**9.2** sieben Delegierte für die Stadtverbands-Parteitage Hannover

### 10. Anträge

### 11. Verschiedenes

Wir freuen uns auf Eure rege Teilnahme an dieser außerordentlich wichtigen Jahreshauptversammlung.

Mit freundlichem Gruß

Knut Fuljahn  
Christiane Zanot                      Hans-Jürgen Gesk



### Frauentreff OV Misburg

Liebe Genossinnen,  
wir laden Euch herzlich ein zu unserem nächsten Frauentreff am

**Dienstag, dem 17. April 2007  
um 19:30 Uhr, in die  
Gaststätte „Tina 2“, Schierholzstr.**

Das Schwerpunktthema steht zur Zeit noch nicht fest.

Ingrid Plaue



### Bericht aus Berlin



**Liebe Genossinnen,  
liebe Genossen!**

Das Jahr 2007 wurde mit wichtigen Richtungsentscheidungen begonnen. Weitere Reformschritte erwarten uns aber auch in den nächsten zwölf Monaten. Aus meiner Sicht sind bundespolitisch zurzeit drei Themenbereiche von besonderer Bedeutung: die bereits



beschlossene Gesundheitsreform, die Arbeitsmarktpolitik sowie die soziale Sicherung.

### Gesundheitsreform

Am 2. Februar 2007 hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-WSG) beschlossen. Am 16. Februar hat dann der Bundesrat das Reformpaket verabschiedet, sodass es am 1. April 2007 in Kraft treten kann. Hier nun die wichtigsten Ergebnisse:

**Erstens: Alle Menschen bekommen Versicherungsschutz**, jeder ist medizinisch versorgt. Auch die halbe Million Menschen, die schon aus der Versicherung heraus gefallen sind, werden zurückgeholt.

**Zweitens** ist es gelungen, Leistungskürzungen zu vermeiden. An einigen Stellen werden **Leistungen sogar ausgeweitet**. Beispielsweise soll die Rehabilitation ebenso wie die betriebliche Gesundheitsförderung zur Pflichtleistung werden.

**Drittens:** Durch die Erweiterung der Möglichkeiten zum Abschluss von Einzelverträgen verbessern wir den Wettbewerb zwischen Leistungserbringern und Krankenkassen.

**Viertens:** Mit der Gesundheitsreform ist außerdem der Einstieg in die Steuerfinanzierung gelungen. 2007 und 2008 wird der Bundeszuschuss zur Gesetzlichen Krankenversicherung auf 2,5 Milliarden Euro festgesetzt. Danach soll der steuerfinanzierte Teil jährlich um 1,5 Mrd. Euro bis auf 14 Milliarden Euro wachsen.

### Arbeitsmarktpolitik

In der „Bremer Erklärung“ fordert die SPD ein Programm „**Bonus für Arbeit**“, um Jobs im Niedriglohnbereich attraktiver zu machen. Grundidee ist, dass die Anreize zur Arbeitsaufnahme verstärkt werden müssen. Im Niedriglohnsektor könnte Arbeitnehmern statt ALG II eine Steuergutschrift gewährt werden, um die Einkommen existenzsichernd zu machen. Die Steuergutschrift soll sich aus einem an den Sozialversicherungsbeiträgen bemessenen Zuschuss sowie einem erhöhten Kindergeld zusammensetzen. Damit soll sich

Vollzeitarbeit auch im Niedriglohnbereich lohnen. Die Bundesregierung prüft zurzeit die rechtliche und fiskalische Machbarkeit.

Die **Initiative „50plus“** wird ab dem Frühjahr mit einem Maßnahmenpaket aus staatlichen Zuschüssen, Veränderungen der Befristungsregelungen und Weiterbildungsmöglichkeiten die Beschäftigungschancen für ältere Arbeitnehmer verbessern. Konkret ist das z.B. der **Kombilohn für Ältere** ab 50. Ältere Arbeitslose, die eine Beschäftigung mit einem niedrigeren Nettoentgelt als vor ihrer Arbeitslosigkeit aufnehmen, bekommen dann einen teilweisen Ausgleich für ihre Lohneinbußen.

Außerdem wird den Arbeitgebern ein attraktives Angebot gemacht: Wer ältere Arbeitnehmer einstellt, kann einen neu gestalteten **Eingliederungszuschuss** zum Lohn erhalten. Zusätzlich erleichtert die Bundesregierung befristete Arbeitsverträge mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ab 52 Jahren. Das erhöht die Anreize für Unternehmen, Ältere einzustellen.

Auch im Punkt Qualifikation von älteren Arbeitnehmern geht die Bundesregierung einen Schritt voran. So erhalten Beschäftigte in Betrieben mit bis zu 250 Mitarbeitern künftig bereits ab 45 Jahren (bisher 50 Jahre) **Bildungsgutscheine** für zertifizierte Weiterbildungen. Dies ist wichtig für den Ausbau der Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer.

Wir brauchen Untergrenzen bei den Löhnen, die nicht mehr unterschritten werden dürfen. Stundenlöhne von weniger als 4 Euro pro Stunde nennen wir sittenwidrig. Gegen den gesetzlichen Mindestlohn sträubt sich jedoch die Union. Wir setzen deshalb auf **tarifvertragliche Mindestlöhne**, d.h. auf eine Erweiterung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes mit branchenbezogenen Mindestlöhnen. Eine Einbeziehung aller Branchen wäre am besten. Realistisch ist derzeit eher eine schrittweise Erweiterung. Für die Gebäudereiniger steht eine solche Einbeziehung in das Gesetz bereits kurz vor dem parlamentarischen Abschluss.

### Soziale Sicherung

Ein weiterer wichtiger Punkt, um den es leider manche Auseinandersetzungen gibt, ist das vorgesehene neue **Renteneintrittsalter von 67**



**Jahren.** Es trägt insbesondere den gestiegenen Lebenserwartungen und damit dem längeren Rentenbezug Rechnung. So ist die Rentenbezugsdauer in den letzten 40 Jahren im Durchschnitt um rund 7 Jahre auf nunmehr 17 Jahre gestiegen. Im Jahr 2030 werden es wohl ca. 20 Jahre sein.

Die Erhöhung des Rentenalters geschieht von daher **keineswegs abrupt**, sondern erfolgt schrittweise. Ab 2012 erhöht sich das Rentenalter um einen Monat pro Kalenderjahr, ab 2024 erfolgt die Anhebung in Zwei-Monatsschritten. Im Jahr 2029 wird dann der Renteneintritt erst ab dem 67. Lebensjahr möglich sein.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist die Anhebung des Rentenalters kein Selbstzweck, deshalb wird ab 2010 jährlich überprüft, ob die Maßnahmen mit der Entwicklung der Arbeitsmarktlage und der wirtschaftlichen und sozialen Situation älterer Arbeitnehmer vereinbar sind.

Soweit mein kurzer Arbeitsbericht aus dem Bundestag. Auf uns alle kommt auch in diesem Jahr jede Menge Arbeit zu. Ich wünsche dem Ortsverein Misburg ein erfolgreiches Jahr 2007.

Euer

**Gerd Andres**



**aus dem Landtag**



### **Axel Plaue soll wieder in den Landtag**

Die SPD Misburg hat sich einstimmig für Axel Plaue als Kandidaten für die Landtagswahl am 27. Januar 2008 ausgesprochen. In einer außergewöhnlich gut besuchten Mitgliederversammlung votierten alle Anwesenden für den 56-jährigen Landtagsabgeordneten.

In seinem landespolitischen Referat ging Plaue auch auf die aktuellen Umfragen zu den Wahlchancen der SPD ein. Plaue verwies auf die Situation ein Jahr vor der letzten Landtagswahl: Damals sahen alle Umfragen die SPD haushoch vor der CDU; die Christdemokraten gingen deprimiert durch die Lande und sahen einer sicheren dramatischen Niederlage entgegen. Das Ergebnis 2003 war dann genau anders herum. Plaue: „Der Unterschied zur damaligen Opposition ist, dass wir Sozialdemokraten nicht die Ohren hängen lassen, sondern wild entschlossen sind, für eine bessere, gerechtere Politik in Niedersachsen zu kämpfen.“

Besonders die Defizite der amtierenden Landesregierung in der Bildungspolitik und deren ideologisch motiviertes Nichtstun in der Wirtschaftspolitik seien zu kritisieren und durch bessere Vorschläge zu ersetzen. „Wer ein gescheitertes Schulsystem der 50er Jahre in Niedersachsen wieder einführt, wer Förderstunden für Kinder sowohl in der Schule als auch in den Kindergärten kürzt, wer Studiengebühren an den Universitäten beschließt und nicht in der Lage ist, ein funktionierendes Stipendientum zu installieren, der versündigt sich an den Zukunftschancen der jüngeren Generation.“

Plaue wies darauf hin, das die schwarz-gelbe Landtagsmehrheit eine knallharte Politik gegen die Ballungsräume – und insbesondere gegen die Region Hannover – macht. „Im Nahverkehr werden zusätzliche Steuermittel gegen die Verabredung mit dem Bund einfach nicht an die Region weiter gereicht; Gelder für Sprachförderung werden in Hannover gekürzt und auf andere Landesteile umgeschichtet. Bei der laufenden Debatte um den kommunalen Finanzausgleich scheint es nach dem gleichen Muster weiter zu gehen. Offenbar sind die Landtagsabgeordneten in der Regierungskoalition, die aus der Region Hannover kommen, zu schwach, um die Interessen ihrer Bürgerinnen und Bürger im Landtag wirksam zu vertreten.“

Mit Nachdruck wandte sich Axel Plaue gegen Wahlversprechen, die niemand finanzieren könne. „Wir haben bei den Haushaltsplanberatungen realistische finanzierte Vorschläge gegen die konservative Politik gestellt. Anders als der Kandidat Wulff werden



wir die Menschen weder vor noch nach der Wahl ‚hinter die Fichte führen‘.“

Inzwischen haben sich alle zum Wahlkreis gehörenden Ortsvereine für Axel Plaué als Kandidaten ausgesprochen. Nach dem Neuzuschnitt durch die CDU/FDP-Mehrheit im Landtag trägt der Wahlkreis jetzt die Nummer 25 und den Namen „Groß-Buchholz“. Zum Wahlkreis gehören die Stadtteile Anderten, Bothfeld, Groß-Buchholz, Isernhagen-Süd, Lahe, Misburg und Sahlkamp.

Die Wahlkreiskonferenz aller Wahlkreis in der Landeshauptstadt Hannover findet am 21. März um 18:00 Uhr im Freizeitheim „Weiße Rose“ am Mühlenberg statt.

## **Axel Plaué neuer Vorsitzender des Landtagsausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien:**

### **„Wir brauchen das soziale Europa“**

Seit dem 1. Februar hat der Landtagsausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien einen neuen Vorsitzenden. Unser Landtagsabgeordneter Axel Plaué wurde als Nachfolger für Heidi Merk in diese Funktion gewählt.

Gleich in der ersten Sitzung des Ausschusses sprach sich Plaué dafür aus, Themen in die europäische Debatte einzubringen, die die einfachen Leute an Europa interessieren. Dabei kritisierte er die Rede von Bundeskanzlerin Merkel vor dem Europäischen Parlament. „Frau Merkel hat sich seitenslang über die europäische Verfassung verbreitet und dabei völlig übersehen, dass dieses durchaus wichtige Thema allerdings für die Menschen außerhalb der Politik nicht die dringlichste Frage ist.“

Man müsse zur Kenntnis nehmen, dass viele Menschen mit Europa Ängste verbinden: Angst vor niedrigen sozialen Standards, Angst vor der Globalisierung – die sich im wesentlichen im europäischen Raum zwischen den europäischen Staaten abspiele, Angst vor nicht durchschaubaren Entscheidungen in den

europäischen Institutionen und aus alledem dann Angst vor dem Verlust des eigenen Arbeitsplatzes und des erreichten Lebensstandards.

In einer Rede vor dem Landtag ging Axel Plaué auf diese Probleme ein und forderte mit Nachdruck, dass die europäische Sozialpolitik auf die Tagesordnung des Europäischen Rates gesetzt wird. „Europa ist mehr als ein Wirtschaftsraum. Wenn die wirtschaftsliberalen Politiker sich ausschließlich um offene Grenzen und den freien Markt kümmern, vernachlässigen sie dabei die wichtigste Säule unserer erfolgreichen Nachkriegsordnung. Deutschland ist ein freiheitlicher, demokratischer, sozialer Rechtsstaat. Wer die Sozialstaatlichkeit zum schmückenden Beiwerk degradiert, verstößt gegen die Verfassung.“

Europa sei eine demokratische und soziale Wertegemeinschaft. Sozialdemokraten hätten dafür gesorgt, dass die Grundwerte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in der Europäischen Grundrechtecharta verankert sind. Diese gelte es nun in den politischen Entscheidungsprozessen umzusetzen.

## **Untersuchungsausschuss Transrapid:**

### **Minister Hirche muss die Konsequenzen ziehen**

Der Niedersächsische Wirtschaftsminister Walter Hirche (FDP) muss die politischen Konsequenzen aus dem tragischen Transrapid-Unglück im vergangenen Jahr in Lathen (Emsland) ziehen und zurücktreten. Zu diesem Ergebnis kommen in einer Zwischenbilanz die Mitglieder von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Landtages.

Seit Dezember 2006 hat der Untersuchungsausschuss Akten eingesehen, Zeugen vernommen und externe Fachleute gehört. Die Ermittlungen sind – wie auch die der Staatsanwaltschaft – noch nicht abgeschlossen, weil z.B. noch Gutachten des Eisenbahnbundesamtes fehlen.



Bei den bisherigen Aussagen ist deutlich geworden, dass man sich in Lathen beim Parallelbetrieb von Magnetfahrzeug und Radfahrzeugen fast ausschließlich auf Sicherungen verließ, die von Personen wahrgenommen wurden. Anders als es etwa bei der Eisenbahn üblich und auch auf der geplanten Transrapidstrecke in München vorgesehen ist, waren die Radfahrzeuge in Lathen nicht in ein automatisches Sicherheitssystem eingebunden. Für ein Hochgeschwindigkeitssystem eine geradezu abenteuerliche Konzeption.

Daneben ist deutlich geworden, dass man nicht nur den unmittelbar am Unglückstag Verantwortung tragenden Menschen Vorhaltungen machen muss, sondern auch organisatorische Mängel zu beklagen sind.

So hat das Wirtschaftsministerium zu keinem Zeitpunkt seine Fachaufsicht richtig wahrgenommen.

Sowohl der Minister als auch sein Staatssekretär Werren machten in ihren Befragungen vor dem Untersuchungsausschuss am 5. Februar 2007 deutlich, dass sich die Ministeriumsleitung nie um diese Vorgänge gekümmert hat. Die zuständigen Mitarbeiter hätten nach Minister Hirches und Staatssekretär Werrens „Grundphilosophie“ darüber eigenverantwortlich zu entscheiden gehabt. Daher hat Minister Hirche in der Befragung vor dem Untersuchungsausschuss alle Verantwortung und jegliche Kenntnis über Missstände auf der Versuchsanlage und Mängel bei der Kontrolle durch die ihm unterstellte Landesbehörde von sich gewiesen.

**Eine solche Abschiebung der Verantwortung ist inakzeptabel! Verantwortlich für die Sicherheit auf der Versuchsanlage ist nach Versuchsanlagengesetz die oberste Landesbehörde. Deren Chef ist Minister Hirche. Nichtwissen über Missstände schützt ihn dabei nicht vor der Verantwortung.**

Hinzu kam, dass selbst als der Ministerpräsident und der Niedersächsische Innenminister bei einem Besuch auf der offiziell als Versuchsanlage in Lathen betriebenen Transrapidstrecke auf Versuche der Deutschen Bahn, die Anlage zu übernehmen, sich nicht um die Hintergründe dieses Übernahmeversuches

gekümmert hätten, sondern reflexartig Niedersächsische Zuständigkeiten verteidigt haben. In dasselbe Horn hat der örtliche Landrat gestoßen, der sogar ein „Modell Emsland“ entwickelt hat, mit dem er seinen Landkreis an dem Projekt beteiligen wollte.

„Es spricht für den Stellenwert, den der zuständige Minister in der Landesregierung und auch im Emsland zu haben scheint, dass niemand der Beteiligten es für nötig befunden hat, Hirche oder seinen Staatssekretär davon zu unterrichten“ sagte Axel Plaue, der stellvertretender Vorsitzender des Untersuchungsausschusses ist.

Plaue: „Wenn in Bremen eine Sozialsenatorin, der man persönlich keine Schuld vorwerfen kann und die sich nachweislich gekümmert hat, aus dem Tod eines Kleinkindes die Konsequenzen zieht und zurücktritt, dann muss Hirche um so mehr seine politische Verantwortung wahrnehmen. Wer so ahnungslos und informationslos sein Amt ausübt, der darf keine Minute länger Minister in Niedersachsen sein.“

PI.

<b>Impressum</b>	
Herausgeber:	SPD OV Misburg Knut Fuljahn
Anschrift Redaktion:	SPD misburg aktuell Angelika Pluskota Freidingstr. 3 30559 Hannover
e-mail:	angelika_pluskota@web.de
Telefon:	(0511) 592141
Layout:	Nils Hindersmann Landtagsbüro Axel Plaue
Internet OV Misburg:	www.spd-misburg.de
Konto Ortsverein:	SPD OV Misburg Konto Nr.: 173093-305 Postbank Hannover Blz.: 250 100 30





**Aus dem  
Ortsvereinsvorstand**

**EU-Projekt Shares Space**

Shares Space heißt das EU-Verkehrsprojekt wo alles ohne Ampeln und Schilder zurechtkommt. Die einzigen Regeln sind das Rechtsfahrgebot und rechts vor links.

Es funktioniert bereits in sieben europäischen Städten. Im Moment startet ein Projekt in der ersten deutschen Stadt, in Bohmte nahe Osnabrück. Eine typische Pendlervorstadt wie z.B. Misburg. Kaum ein Fahrzeug fährt schneller als 20km/h bis 30km/h, doch weil fast niemand anhalten muß geht es unter dem Strich für alle schneller. Die Unfälle nehmen ab und sind weniger heftig. Die menschliche Aufmerksamkeit konzentriert sich bisher nur an dem Gegenverkehr, Ampeln und Schilder, alles andere ist unwichtig. Beim Fahren ohne diese Geräte ist die Konzentration auf die anderen Verkehrsteilnehmer größer und somit auch die Unfällhäufigkeit kleiner.

<http://www.bohmte.de>,  
<http://www.shared-space.org>

In der WELT ist am 04.12.2006 ein Artikel erschienen, der unter folgendem Link zu lesen ist:

<http://www.welt.de/data/2006/12/04/1131065.htm>

Deutsche Welle TV hat einen interessanten Beitrag gedreht, der am 21.08.2006 ausgestrahlt wurde und der unter der Internetseite

<http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,2138209,00.html>

angesehen werden kann. Ebenso kann ein Bericht von Hitradio Antenne über das Bohmte EU-Projekt angehört werden unter:

[http://www.bohmte.de/pics/medien/1\\_11484542\\_07/3.5.F1Boehmte.mp3](http://www.bohmte.de/pics/medien/1_11484542_07/3.5.F1Boehmte.mp3)

Gern stelle ich mich zur Verfügung, für Misburg ein entsprechendes Projekt zu starten. Ich stelle mir vor, dass ich eine Fahrt nach Holland organisiere (Bus oder Bahn), damit wir uns das mal ansehen können und ggf. mit Beteiligten darüber reden können.

**Klaus-Peter Herrmann**

Beitrag von Werner Scheller

**Was frag' ich nach Unsterblichkeit**

von Sidonie Grünwald-Zerkowitz  
(1852-1907)

Was frag' ich nach Unsterblichkeit!  
Zerstäubt der Unsterbliche nicht?  
Für einen Tag voll Seligkeit  
Ich gerne auf sie verzicht!  
Lasst lieben noch, wie das Herz es will,  
So lang es wollend sich regt!  
Frommt ihm „Unsterblichkeit“, wann es will  
Vermodert; von Würmern zersägt?  
Nach Vollgenuss der Lebenslust  
Mein durstend Herz begehrt!  
Seht, wie die Schale glückbewusst,  
In langen Zügen leert!  
Drum geht mir mit Unsterblichkeit,  
Der Zukunft Glorienschein!  
Genieß ich nur mein Stückchen Zeit,  
Ist nur – das Leben mein!

**Wir wünschen  
unseren  
Genossinnen  
und Genossen,  
unseren Freunden und  
Bekannten ein  
frohes Osterfest!**



**Der Vorstand**

Knut Fuljahn  
Christiane Zanot  
Hans-Jürgen Gesk  
Ilona Rusiecki  
Angelika Pluskota